

FORUM: Die Arbeit und ihre Zukunft

Hermann Lübbe: Geteilte Arbeit – ungleich verteilt

Prof. em. Dr. Hermann Lübbe, geb. 1926 in Aurich/Ostfriesl., Studium von Theologie, Philosophie und Soziologie in Münster, Freiburg, Frankfurt und Erlangen, lehrt Philosophie und politische Theorie an der Universität Zürich.

„Unser Leben währet siebzig Jahre, und wenn's hoch kommt, so sind's achtzig Jahre, und wenn's köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen“ - so sagt es der 90. Psalm im Wortlaut der Luther-Bibel. Das hat in der reformatorisch geprägten Kulturgeschichte als hochzitabile Ermunterung gewirkt, in der Arbeit eine Quelle des Lebensglücks zu finden.

Alttestamentler belehren uns freilich, dass der Psalm-Vers im Urtext der Bibel ungleich weniger frohgemut lautet. In neueren, genaueren Übersetzungen, die die Schrift wörtlicher nehmen, schlägt das durch, und in der Zürcher Bibel heißt es entsprechend: „Unser Leben währet siebenzig Jahre, und wenn es hoch kommt, sind es achtzig Jahre, und das meiste daran ist Mühsal und Beschwer“. Ein Lobpreis der Berufsarbeit ist dem so präsentierten Psalmisten-Wort nicht zu entnehmen, vielmehr die Klage, das Leben sei kurz und überdies voller Plagen.

Wie wir heute, biblisch angeleitet oder auch nicht, tatsächlich die Arbeit einschätzen, sagt uns die Demoskopie. Auch deren Auskünfte haben freilich eine gewisse Vieldeutigkeit, und die kulturkritisch-konservativ getönte Rezeption des demoskopisch vermessenen Wertewandels will wissen, Selbstverwirklichung stünde ungleich höher im Kurs als getreue Berufspflichterfüllung. Dazu paßt, dass die inzwischen alt gewordene Generation beim Schuleintritt noch zu hören bekam, nun beginne der Ernst des Lebens, während bis in den Beginn der neunziger Jahre hinein Pädagogen, ja sogar Kultusminister den Schulbesuch als Gelegenheit der Spaßverschaffung empfahlen.

Inzwischen hat die Arbeitslosigkeit die Perspektiven wieder zurechtgerückt. Klagen der Handwerksmeister, die früher einmal unbefangenen so genannten Lehrlinge hielten anspruchsvolle Arbeit nicht durch, finden Gehör. Sogar von einer neuen „Kultur der Anstrengung“ hat man schon lesen können. Ob köstlich oder nicht - Arbeit verschafft Zugang zu sonst zumeist unerreichbaren Niveaus der Lebensverbringung. Das reicht weit über die Konsumsphäre hinaus, über die mokant sich zu äußern vorzugsweise bei denjenigen üblich ist, die ohnehin im Wohlstand leben. Arbeit verschafft Zugang zu den anspruchsvolleren Leistungen des Sozialstaats, sie bringt Anerkennung und Geltung. Zum Sinn des Lebens, gewiss, wird die Arbeit auch derjenige nicht erheben wollen, der den Psalm 90 in lutherische Übersetzung schätzt. Aber der Lebensinn der Arbeit hat bezwingende Evidenz, und im Regelfall wird scheitern, wer sich alternativ statt um Arbeit um die Verwirklichung seiner selbst bemühen möchte.

Das alles ist Inhalt gemeiner Erfahrung, und dieser Erfahrung entspricht, dass in der jüngeren Geschichte der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft die Beschäftigungsquote, das heißt der Anteil der berufstätigen Bürger ständig gestiegen ist. Die Zahl der Arbeitslosen, bewegt sich inzwischen auf dem Niveau der schlimmsten Jahre der Zwischenkriegszeit. Dennoch ist heute die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze größer als in den Jahren des später so genannten Wirtschaftswunders, das damals auch die Arbeitslosigkeit fast zum Verschwinden brachte.

Das bedeutet: Rascher noch als die Beschäftigtenquote ist der Anteil der Bürger gewachsen, die ihre Arbeitskraft gern beruflich nutzen möchten. Entgegen verbreiteten kulturkritischen Neigungen erzwingt das die Feststellung: Der Wert der Arbeit liegt heute singular hoch, und der weitaus überwiegende Teil der Bürger weiß diesen Wert angemessen einzuschätzen.

Das lässt bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit Arbeitsbesitzer als Privilegierte erscheinen, und es liegt nahe, Arbeitsbesitz zu einer Frage der Gerechtigkeit zu erheben und näherhin zu einer Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Wo einige haben, was alle brauchen, und wo andere es nicht haben, muss man teilen, und so auch die Arbeit. Kein Kirchentag, auf dem diese Forderung nicht erhoben würde, und sogar die Fälligkeit weiterer drastischer Reduktion der Wochen- oder Jahresarbeitszeit wird heute als Angelegenheit der Arbeitsverteilungsgerechtigkeit behandelt.

Man muss nicht Ökonom sein, um zu erkennen, was an der Vorstellung falsch ist, Arbeit gleiche einem nicht vermehrbaren knappen Gut, von dem, wer hat, abgeben müsse, damit auch der andere seinen Anteil bekomme. Der Commonsense weiß doch: Arbeit gibt es in Hülle und Fülle - im Haushalt und im Garten sowieso, in der fälligen Betreuung von Kindern und Alten und in Alltagsdienstleistungen aller Art, die zumal in Deutschland mangelhaft erfüllt sind - von Reparaturbagatellen, die nichtsdestoweniger Fachkompetenz erfordern, bis hin zu Haushüterdiensten in Urlaubszeiten. Der Dreck, den Opfer versäumter Erziehung auf Plätzen oder in Anlagen hinterlassen, wächst hier und da rascher als die komplementären Reinigungsbemühungen unserer Kommunen. Für etliche Nahverkehrseinrichtungen gilt Analoges, und die Fenster in vielen öffentlichen Gebäuden bis hin zu Schulen wirken altersblind.

Arbeit über Arbeit also, und dennoch wird sie nicht getan. Das hat, im Detail betrachtet, viele Gründe. Der allerwichtigste Grund ist, dass allzu viel Arbeit, auf deren Erledigung wir uns sehr angewiesen wissen, inzwischen unbezahlbar geworden ist und somit auf dem offiziellen Arbeitsmarkt auch nicht mehr nachgefragt wird. Aus eben diesem Grund bewirkt ja auch Arbeitszeitreduktion nicht, dass dadurch zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Das Gegenteil ist sogar der Fall, soweit nämlich Arbeitszeitreduktion die Arbeit zusätzlich teuer macht, und das tut sie im Regelfall - es sei denn, man reduzierte die Löhne ineins mit den Arbeitstunden noch stärker als diese.

Nichtsdestoweniger bleibt die Teilung der Arbeit eine der richtigen Antworten auf die Herausforderungen der Beschäftigungskrise. Diese Teilung ist längst im Gange. Sie unterläuft geltendes Recht und offizielle Verbandspolitik. Auch das Sozialrecht gerät unter den Druck veränderter Lebensverhältnisse, deren Pragmatik ein verändertes Verhältnis zur Arbeit erzwingt. In allen modernen Gesellschaften hat sich ein Schattenarbeitsmarkt etabliert, und auf diesem Markt wird nicht nur illegale Schwarzarbeit angeboten. Hier betätigt man sich auch könnerschaftlich in der Nachbarschaftshilfe oder für Vereinsfreunde. Dabei besteht der Gewinn aus solchen Betätigungen nicht allein in gewissen Zusatzeinkommen. Schließlich ist nicht einzusehen, wieso man, was man gelernt hat und kann, selbstbestimmt und anerkennungsträchtig an überlang gewordenen Wochenenden nicht auch noch am Samstagvormittag nützlich werden lassen sollte, und so geschieht es - in den materiellen Dimensionen von einigen hundert Milliarden jährlich, wie Ökonomen berechnet haben.

Das wird eher noch zunehmen, und nur die kriminellen Auswüchse der Schwarzarbeit werden sich zurückdrängen lassen.

Jede dritte Ehe wird geschieden, wissen wir, aber die anderen Ehen werden eben nicht geschieden, und es entspricht solide begründeter Lebensrealität, dass sehr viele Frauen, nämlich in der noch keineswegs untergegangenen Rolle von Hausfrauen, hunderttausendfach statt eines vollen Arbeitsplatzes gewisse Nebenerwerbsgelegenheiten dießeits der Rentenversicherungspflicht suchen. Zum diskontinuierlichen Arbeitsanfall in Betrieben mit saisonabhängigen Stoßgeschäften paßt das vollkommen.

„Flexibilisierung der Arbeitszeit“ ist zum Schlagwort für diese und analoge Vorgänge geworden. Der temporal und regional ungleich verteilte Arbeitsanfall, der früher einmal als das vormoderne Charakteristikum der Landwirtschaft galt, prägt im Kontrast zur traditionellen Arbeitswelt der Alt-Industrien inzwischen gerade viele sehr moderne Produktions- und Dienstleistungsbereiche. In neue, flexiblere tarifvertragliche und betriebliche Vereinbarungen setzt sich das um. Sogar der altehrwürdige Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wirkt inzwischen veraltet, und bis in die Dauerdebatten zur Reform der Beamtenbesoldung hinein bringt sich stattdessen in einer sehr anspruchsvoll gewordenen Arbeitswelt der wirklichkeitsnähere Grundsatz zur Geltung, dass es die gleiche Leistung sei, die gleiche Entlohnung rechtfertigt.

Im Bereich der freien Berufe, der wieder expandiert, sind die Betätigungsformen ohnehin heterogener als je zuvor. Die Vorstellung, dass sich durch Teilung der Arbeit zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten schaffen ließen, konnte hier nahe liegenderweise nie als realistisch gelten. Hier war und ist ganz im Gegenteil eine ganz andere Erfahrung dominant: Je selbstbestimmter man seine Arbeit einzurichten vermag, je qualifizierter sie ist, je anerkennungsträchtiger überdies, umso weniger ist man vom Interesse bestimmt, ihren Umfang zu reduzieren. Die Zahl der Berufstätigen geht in die Millionen, die, statt achtunddreißig Stunden pro Woche, fünfzig, gar sechzig Stunden beruflich tätig sind, und dennoch sind sie eher weniger als andere Leute managerkrankheitsbedroht. Der Grund liegt auf der Hand: Die anspruchsvolleren, nämlich qualifizierteren Berufe sind besonders geeignete Medien stabilisierender Selbsterfahrung und der Erfahrung glücksträchtiger Sinnevidenzen. In der modernen Gesellschaft wächst die Menge der Berufe, die in dem skizzierten Sinne privilegiert sind. Dennoch sind diese Privilegien gänzlich gleichverteilungsresistent. Ließen sich denn mehr Betätigungsmöglichkeiten für bedeutende Künstler, Forscher, Spitzenjournalisten oder auch Berufssportler schaffen, indem wir ihre Arbeitswoche halbierten? Unsere Politiker und Gewerkschaftler, die sich für Arbeitsteilungsprogramme engagieren, haben ja auch ihre Sechzigstundenwoche.

Kurz: Die Differenziertheit und die Änderungsdynamik der modernen Arbeitswelt wächst. Arbeitsrecht und Sozialrecht hinken hinterher. Die

Bürger paßen sich den modernen Lebensrealitäten rascher und findiger an als das politische System. Die Ungleichheit der Betätigungsformen wächst. Die Kompetenzniveaus driften auseinander, die soziale Ungleichheit nimmt zu, die relative Benachteiligungswirkung von Behinderungen aller Art desgleichen, ineins damit auch die Anforderungen an unsere Bereitschaft zu solidarischen Leistungen. Zugleich sind wir, nach dem selbstverschuldeten Scheitern sozialistischer Ordnungsmodelle und unter dem Druck der Krise des Sozialstaats, über die ordnungspolitische Zukunft der modernen Arbeitswelt desorientiert. Das begünstigt jenen hochfahrenden Moralismus, der in öffentlichen politischen Debatten den Austausch der Argumente durch Schlagabtausch ersetzt. Commonsense-nah bleibt aber doch der Hinweis auf andere, die mit den Herausforderungen der modernen Arbeitswelt ersichtlich besser als wir fertig werden. Warum, zum Beispiel, hat es insoweit, wieder einmal, Amerika besser, oder auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft Holland? Die Antwort ist bekannt. Was hindert uns eigentlich, es auch so zu machen?